

Berlin, im August 2026

Herausgeber:

Bundesverband des Deutschen
Exporthandels e.V. / Federation of
the German Export Trade

Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

Telefon 030 72625790
Telefax 030 72625799

www.bdex.de
contact@bdex.de

Ansprechpartner:

Alexander Hoeckle
Geschäftsführer
alexander.hoeckle@bdex.de

Vanessa Kassem
Referentin
vanessa.kassem@bdex.de

Transparency register:

93470719224-55

Deutsche Außenhandelsstrategie 2026/2027

Strategie für Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftliche Sicherheit und offenen Welthandel

Grundsatzpapier des Bundesverbandes des Deutschen Exporthandels (BDEx)

Der BDEx empfiehlt:

1. Europäischen Binnenmarkt vollenden

Den Abbau verbliebener Binnenmarkthemmnisse beschleunigen und insbesondere den Dienstleistungs-, Digital- und Kapitalmarkt weiter integrieren.

2. Europäische Handelspolitik stärken

Neue Handels- und Investitionsabkommen abschließen, bestehende Abkommen zügig ratifizieren und den Abbau tarifärer sowie nichttarifärer Handelshemmnisse konsequent vorantreiben.

3. Strategische Handelspartnerschaften ausbauen

Die handelspolitische Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Volkswirtschaften – insbesondere dem CPTPP sowie weiteren offenen Marktwirtschaften – vertiefen und zu einer strategischen Handelsallianz weiterentwickeln.

4. Wirtschaftliche Sicherheit durch Diversifizierung erhöhen

Strategische Abhängigkeiten bei Rohstoffen, Vorprodukten und Schlüsseltechnologien durch breiter aufgestellte internationale Partnerschaften und resiliente Lieferketten reduzieren.

5. Europäische Exportkontrolle harmonisieren

Nationale Alleingänge vermeiden und einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen schaffen, der Sicherheit gewährleistet und Wettbewerbsfähigkeit erhält.

6. EU-Zollrecht praxistauglich modernisieren

Die Reform des Unionszollkodex, den EU Data Hub und die Europäische Zollbehörde konsequent umsetzen – mit stabilen IT-Systemen, ausreichenden Übergangsfristen sowie hoher Rechts- und Planungssicherheit.

7. Rohstoffpartnerschaften strategisch ausbauen

Internationale Rohstoffpartnerschaften stärken, Recycling fördern und offene Rohstoffmärkte sichern. Exportbeschränkungen sollten auf eng begrenzte sicherheitspolitische Ausnahmefälle beschränkt bleiben.



8. Bürokratie abbauen und Digitalisierung beschleunigen

Genehmigungs-, Zoll- und Förderverfahren vereinfachen, vollständig digitalisieren und europaweit stärker harmonisieren.

9. Außenwirtschaftsförderung integrieren

Export-, Import- und Investitionsförderung, Finanzierung sowie Risikoabsicherung zu einem strategisch abgestimmten Gesamtsystem weiterentwickeln.

10. Wirtschaftsdiplomatie stärken

Außenwirtschaftliche Netzwerke gezielt ausbauen, strategische Partnerschaften vertiefen und die internationale Position deutscher Unternehmen aktiv unterstützen. Dazu gehören auch leistungsfähige konsularische Dienstleistungen, verlässliche und zügige Visa-Verfahren für ausländische Geschäftspartner und Fachkräfte sowie eine ausgeprägte Willkommenskultur für qualifizierte Fachkräfte.

Management Summary

Als eine der offensten Volkswirtschaften der Welt beruhen Deutschlands Wohlstand, Beschäftigung und industrielle Wertschöpfung in besonderem Maße auf offenen Märkten, internationalen Wertschöpfungsketten und einem regelbasierten Welthandel. Gleichzeitig verändern geopolitische Spannungen, staatliche Industriepolitik, zunehmender Protektionismus sowie strategische Abhängigkeiten die internationalen Rahmenbedingungen grundlegend. Außenwirtschaftspolitik ist damit längst zu einem zentralen Bestandteil der Wirtschafts-, Industrie- und Sicherheitspolitik geworden.

Die deutsche Außenhandelspolitik muss auf diese Veränderungen mit einer langfristig angelegten, europäischen Strategie antworten. Ziel ist es, die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas dauerhaft zu stärken, wirtschaftliche Risiken zu begrenzen und zugleich die Offenheit der europäischen Volkswirtschaften zu bewahren. Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftliche Sicherheit und offene Märkte stehen dabei nicht im Widerspruch, sondern bedingen einander.

Eine deutsche Außenhandelsstrategie 2026 / 2027 sollte fünf strategische Leitziele verfolgen:

Erstens: Der europäische Binnenmarkt muss als Fundament der Wettbewerbsfähigkeit konsequent vollendet werden. Insbesondere im Dienstleistungssektor, im digitalen Binnenmarkt sowie bei der Kapitalmarktunion bestehen weiterhin erhebliche Integrationspotenziale.

Zweitens: Die Europäische Union sollte ihre gemeinsame Handelspolitik ambitioniert weiterentwickeln. Neue Handels- und Investitionsabkommen, die zügige Ratifikation bestehender Abkommen sowie der konsequente Abbau tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse stärken die internationale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen.

Drittens: Wirtschaftliche Sicherheit muss als notwendige Ergänzung offener Märkte verstanden werden. Diversifizierte Lieferketten, strategische Rohstoffpartnerschaften, resiliente Beschaffungsstrukturen sowie eine engere handelspolitische Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern erhöhen die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit Europas, ohne den freien Welthandel infrage zu stellen.

Viertens: Die deutsche Außenwirtschaftsförderung sollte zu einem integrierten System weiterentwickelt werden, das Export- und Importförderung, Finanzierung, Investitionsförderung sowie Risikoabsicherung strategisch miteinander verbindet und Unternehmen entlang ihres gesamten Internationalisierungsprozesses unterstützt.

Fünftens: Wirtschaftsdiplomatie, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Regulierungskooperation gewinnen als Instrumente moderner Außenwirtschaftspolitik weiter an Bedeutung. Sie sollten konsequent mit den außenwirtschaftlichen Zielen Deutschlands und Europas verzahnt werden.

Eine erfolgreiche Außenhandelspolitik bemisst sich nicht allein an Exportzahlen oder abgeschlossenen Handelsabkommen, sondern daran, ob sie die internationale Wettbewerbsfähigkeit stärkt, die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit Europas erhöht und Unternehmen im zunehmend geoökonomischen Wettbewerb wirksam unterstützt. Die Deutsche Außenhandelsstrategie 2026 / 2027 versteht Außenhandelspolitik daher als integralen Bestandteil einer modernen Wirtschafts-, Industrie- und Standortpolitik. Sie setzt auf offene Märkte, regelbasierten Handel und starke internationale Partnerschaften, um wirtschaftliche Offenheit und strategische Resilienz miteinander zu verbinden und damit die Grundlagen für nachhaltigen Wohlstand, Innovation und Beschäftigung in Deutschland und Europa langfristig zu sichern.

1. Ausgangslage: Außenwirtschaft/-handel in einer geoökonomischen Welt

Deutschland zählt zu den offensten Volkswirtschaften der Welt. Wohlstand, Beschäftigung und industrielle Wertschöpfung beruhen in besonderem Maße auf internationaler Arbeitsteilung, leistungsfähigen Wertschöpfungsketten sowie dem Zugang zu globalen Absatz- und Beschaffungsmärkten. Kaum ein anderes Industrieland profitiert in vergleichbarer Weise von offenen Märkten, verlässlichen Handelsregeln und einem regelbasierten internationalen Wirtschaftssystem.

Die internationalen Rahmenbedingungen haben sich jedoch grundlegend verändert. Handel, Investitionen, Technologien, Rohstoffe und Finanzierungsströme werden zunehmend von geopolitischen, sicherheits- und industriepolitischen Interessen beeinflusst. Auslöser dieser Entwicklung sind insbesondere der strategische Wettbewerb zwischen den USA und China, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie die zunehmende staatliche Industriepolitik großer Wirtschaftsräume. Wirtschaftspolitik entwickelt sich damit immer stärker zu einem Instrument strategischer Machtprojektion. Staatliche Subventionen, Exportbeschränkungen, Investitionskontrollen und regulatorische Eingriffe prägen den internationalen Wettbewerb in wachsendem Maße. Gleichzeitig nehmen geopolitische Konflikte, Unterbrechungen globaler Lieferketten und strategische Abhängigkeiten bei Rohstoffen, Schlüsseltechnologien und digitalen Infrastrukturen zu.

Diese Entwicklung markiert einen grundlegenden Wandel der internationalen Wirtschaftsordnung. Effizienz bleibt ein wesentlicher Treiber globaler Arbeitsteilung, wird jedoch zunehmend durch Resilienz, Versorgungssicherheit und geopolitische Erwägungen ergänzt. Außenwirtschafts-/Außenhandelspolitik muss dieser veränderten Realität Rechnung tragen, ohne die Grundlagen offener Märkte infrage zu stellen.

Für Deutschland ergeben sich daraus besondere Herausforderungen. Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts hängt heute nicht mehr allein von der Exportfähigkeit seiner Unternehmen ab. Ebenso entscheidend sind ein verlässlicher Zugang zu Rohstoffen, Vorprodukten, Energie, Technologien und internationalen Finanzierungsquellen sowie die Fähigkeit, Liefer- und Wertschöpfungsketten flexibel an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen. Export- und Importinteressen sind deshalb gleichrangige Bestandteile einer modernen Außenwirtschafts bzw. -handelspolitik.

Deutschland bleibt als export- und importorientierte Volkswirtschaft auf einen freien und regelbasierten Welthandel angewiesen. Eine Antwort auf die neuen geoökonomischen Herausforderungen kann daher weder Abschottung noch wirtschaftliche Autarkie sein. Vielmehr gilt es, Offenheit und Resilienz miteinander zu verbinden, internationale

Partnerschaften zu vertiefen und strategische Risiken durch Diversifizierung zu begrenzen. Wirtschaftliche Sicherheit ist keine Alternative zum Freihandel, sondern seine notwendige Ergänzung.

Vor diesem Hintergrund gewinnt wirtschaftliche Handlungsfähigkeit als Leitbild deutscher und europäischer Außenhandelspolitik an Bedeutung. Sie beschreibt die Fähigkeit, auch unter veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen eigenständig handeln, wirtschaftliche Interessen wirksam vertreten und kritische Abhängigkeiten begrenzen zu können. Wirtschaftliche Handlungsfähigkeit setzt dabei weder umfassende Eigenversorgung noch eine Rückverlagerung internationaler Wertschöpfung voraus. Entscheidend ist vielmehr die Fähigkeit, internationale Verflechtungen so zu gestalten, dass ihre Vorteile erhalten bleiben und gleichzeitig ihre Verwundbarkeit reduziert wird.

Die Europäische Union bildet hierfür den entscheidenden Handlungsrahmen. Nur auf europäischer Ebene lassen sich die wirtschaftliche Größe und regulatorische Gestaltungskraft erreichen, die erforderlich sind, um internationale Handelsregeln mitzugestalten und faire Wettbewerbsbedingungen durchzusetzen. Deutsche Außenhandelspolitik ist deshalb untrennbar mit der europäischen Handelspolitik verbunden.

Die Deutsche Außenhandelsstrategie 2026 / 2027 muss vor diesem Hintergrund ein übergeordnetes Ziel verfolgen: die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas unter den Bedingungen einer zunehmend geoökonomisch geprägten Weltwirtschaft dauerhaft zu sichern und auszubauen. Alle außenwirtschaftspolitischen Instrumente – von der Vollendung des europäischen Binnenmarktes über die gemeinsame Handelspolitik bis hin zur Außenwirtschaftsförderung – müssen sich künftig an diesem Ziel messen lassen.

2. Leitbild und strategische Prioritäten

Die in Kapitel 1 beschriebenen Veränderungen der internationalen Wirtschaftsordnung erfordern eine Neuausrichtung der deutschen Außenhandelspolitik. Ziel muss es sein, Offenheit, Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Sicherheit in einer gemeinsamen strategischen Perspektive zusammenzuführen. Eine moderne Außenhandelsstrategie darf sich deshalb nicht auf einzelne Instrumente oder Branchen beschränken. Sie muss den gesamten außenwirtschaftlichen Handlungsrahmen in den Blick nehmen – von den wirtschaftlichen Voraussetzungen im europäischen Binnenmarkt über die gemeinsame Handelspolitik der Europäischen Union bis hin zur operativen Unterstützung international tätiger Unternehmen.

Vor diesem Hintergrund formuliert der BDEx zehn zentrale Empfehlungen für eine deutsche Außenhandelsstrategie, die darauf abzielen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken,

wirtschaftliche Sicherheit zu gewährleisten und den offenen Welthandel langfristig zu sichern. Die Empfehlungen werden im Folgenden dargestellt und erläutert. Sie greifen die zuvor dargestellten strukturellen Herausforderungen auf und konkretisieren den daraus abgeleiteten politischen Handlungsbedarf.

3. Eine moderne europäische Handelspolitik

Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes bildet die wirtschaftliche Grundlage deutscher Wettbewerbsfähigkeit. Ihre internationale Wirkung entfaltet sich jedoch erst durch eine leistungsfähige gemeinsame Handelspolitik der Europäischen Union. Als ausschließliche Zuständigkeit der Europäischen Union ist sie das zentrale Instrument, um den Zugang europäischer Unternehmen zu internationalen Märkten zu sichern, faire Wettbewerbsbedingungen zu fördern und die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit Europas im globalen Wettbewerb zu stärken.

Moderne Handelspolitik geht heute weit über den Abbau von Zöllen hinaus. Sie schafft verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen, erleichtert den Zugang zu Rohstoffen und Vorleistungen, fördert regulatorische Zusammenarbeit und unterstützt die Diversifizierung internationaler Liefer- und Wertschöpfungsketten. Damit ist sie zugleich Wirtschafts-, Wettbewerbs-, Industrie- und Standortpolitik.

Deutschland sollte sich deshalb innerhalb der Europäischen Union konsequent für eine ambitionierte europäische Handelsagenda einsetzen. Hierzu gehören sowohl der Abschluss neuer Handels- und Investitionsabkommen mit wirtschaftlich und politisch verlässlichen Partnern als auch die zügige Ratifikation bereits ausgehandelter Abkommen. Ebenso wichtig ist die Steigerung bzw. konsequente Nutzung bestehender Freihandelsabkommen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen schöpfen die vorhandenen Präferenzregelungen häufig nicht vollständig aus. Informationen, Beratung und digitale Unterstützungsangebote sollten deshalb weiter ausgebaut sowie Ursprungsregeln, Zollverfahren und regulatorische Anforderungen weiter vereinfacht und harmonisiert werden. Im Kern gilt: Die Umsetzung muss von Anfang an mitgedacht werden.

Besondere Bedeutung kommt dem Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse zu. Unterschiedliche technische Standards, Konformitätsbewertungsverfahren, Zulassungsvorschriften und regulatorische Anforderungen stellen heute vielfach größere Marktzugangshürden dar als klassische Zölle. Deutschland sollte sich deshalb auf europäischer Ebene verstärkt für regulatorische Kooperation, die gegenseitige Anerkennung von Standards sowie eine engere internationale Normungszusammenarbeit einsetzen. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen liegen hier erhebliche Potenziale zur Senkung von Kosten und zur Verbesserung des Marktzugangs.



Die Vollendung des Binnenmarktes muss zugleich vor nationaler Fragmentierung geschützt werden. Nationale Zusatzanforderungen, unterschiedliche Auslegungen und parallele Nachweispflichten – etwa bei der A1-Bescheinigung, Zertifizierungsvorschriften oder der Umsetzung der Verpackungs- und Verpackungsabfallregelungen (PPWR) – erhöhen die Kosten grenzüberschreitender Tätigkeit und schwächen den Binnenmarkt. Deutschland sollte sich deshalb für einen konsequenten Abbau solcher nationalstaatlichen Eingriffe und Auslegungsunterschiede einsetzen und neue nationale Handelshemmnisse vermeiden. Der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Personen muss praktisch und nicht nur rechtlich gewährleistet sein.

Das multilaterale Handelssystem und die Welthandelsorganisation (WTO) bleiben der unverzichtbare Ordnungsrahmen des internationalen Handels. Gleichzeitig zeigen die Entwicklungen der vergangenen Jahre, dass multilaterale Lösungen allein häufig nicht ausreichen, um auf geopolitische Veränderungen angemessen zu reagieren. Bilaterale und plurilaterale Partnerschaften gewinnen deshalb an Bedeutung. Sie ergänzen das multilaterale System, ersetzen es jedoch nicht.

Deutschland sollte sich daher noch aktiver für eine Reform und Stärkung der WTO einsetzen. Ziel müssen wirksamere Regeln gegen handelsverzerrende staatliche Eingriffe, mehr Transparenz bei Subventionen, verlässliche Streitbeilegung und ein funktionsfähiger multilateraler Rahmen für neue Themen wie digitalen Handel sein. Die EU sollte ihre aktuellen WTO-Reforminitiativen gemeinsam mit ihren Partnern vorantreiben.

Die Europäische Union sollte ihre handelspolitischen Schutzinstrumente mit Augenmaß einsetzen. Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen können bei nachgewiesenen Wettbewerbsverzerrungen gerechtfertigt sein. Sie dürfen jedoch nicht zu einem dauerhaften Instrument industriepolitischer Abschottung werden. Wettbewerbsfähigkeit entsteht langfristig durch Innovation, Produktivität und gleichwertige internationale Wettbewerbsbedingungen – nicht durch Protektionismus.

Dies gilt gleichermaßen für den Handel mit strategischen Rohstoffen. Die langfristige Versorgungssicherheit Europas lässt sich nicht durch umfassende Exportbeschränkungen oder Ausfuhrzölle erreichen, sondern durch Diversifizierung der Bezugsquellen, internationale Rohstoffpartnerschaften, Investitionen in Recycling und Kreislaufwirtschaft sowie wettbewerbsfähige europäische Standorte. Nur bei sicherheitspolitisch besonders sensiblen Materialien können eng begrenzte Ausnahmen gerechtfertigt sein. Für die große Mehrzahl der Rohstoffe bleiben offene und verlässliche Weltmärkte die wichtigste Voraussetzung stabiler industrieller Wertschöpfungsketten.

Die zunehmende geoökonomische Fragmentierung der Weltwirtschaft macht zugleich deutlich, dass Marktöffnung allein künftig nicht mehr ausreichen wird. Moderne Handelspolitik muss deshalb stärker mit

Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherheit und zum Aufbau resilienter internationaler Partnerschaften verzahnt werden. Sie schafft damit die Grundlage für eine strategisch ausgerichtete Außenwirtschaftspolitik, die Offenheit und Resilienz miteinander verbindet.

Ziel einer modernen europäischen Handelspolitik muss es sein, die internationale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen nachhaltig zu stärken, offene Märkte zu sichern und gleichzeitig die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit Europas auszubauen. Handelspolitik ist damit kein Selbstzweck, sondern ein zentrales Instrument zur Sicherung von Wachstum, Innovation, Beschäftigung und Wohlstand.

4. Wirtschaftliche Sicherheit durch Diversifizierung und strategische Partnerschaften

Die zunehmende geoökonomische Fragmentierung der Weltwirtschaft verändert die Anforderungen an eine moderne Außenhandelspolitik grundlegend. Wirtschaftliche Sicherheit entwickelt sich zunehmend zu einer Voraussetzung internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Ziel ist jedoch nicht eine Abkehr von offenen Märkten, sondern ihre widerstandsfähigere Ausgestaltung. Eine moderne Außenhandelspolitik verbindet deshalb Offenheit und Resilienz zu einer gemeinsamen Strategie wirtschaftlicher Handlungsfähigkeit.

Deutschland ist als international eng verflochtene Volkswirtschaft in besonderem Maße auf stabile internationale Wertschöpfungsketten angewiesen. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre – von der COVID-19-Pandemie über geopolitische Konflikte bis hin zu zunehmenden Handelskonflikten – haben deutlich gemacht, dass einseitige Abhängigkeiten bei Rohstoffen, Vorprodukten, Energie, Schlüsseltechnologien oder digitalen Infrastrukturen erhebliche wirtschaftliche Risiken verursachen können. Die Antwort hierauf lautet jedoch nicht wirtschaftliche Autarkie, sondern Diversifizierung.

Diversifizierung bedeutet, Absatz- und Beschaffungsmärkte breiter aufzustellen, alternative Lieferquellen zu erschließen und Risiken auf mehrere Partner zu verteilen. Sie stärkt die Krisenfestigkeit von Unternehmen und erhöht zugleich die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Diversifizierung ist damit kein Gegenmodell zum freien Handel, sondern seine notwendige Ergänzung.

Besondere Bedeutung kommt strategischen Rohstoffen, Halbleitern, Energie, digitalen Technologien und weiteren Schlüsselkomponenten industrieller Wertschöpfung zu. Handels-, Industrie-, Innovations- und Rohstoffpolitik müssen künftig deutlich enger miteinander verzahnt werden. Langfristige Rohstoffpartnerschaften, Investitionen in Förderung und Verarbeitung, Recycling sowie internationale Technologiekooperationen bilden hierfür wesentliche Bausteine.

Strategische Partnerschaften und Handelsallianzen

Vor diesem Hintergrund sollte die Europäische Union ihre wirtschaftlichen Beziehungen gezielt mit Staaten vertiefen, die sich zu offenen Märkten, Rechtsstaatlichkeit und einem regelbasierten Welthandel bekennen. Handels- und Investitionsabkommen bilden hierfür weiterhin die wichtigste Grundlage.

Darüber hinaus sollte die Europäische Union prüfen, ihre handelspolitische Zusammenarbeit mit bestehenden Freihandelsräumen – insbesondere dem Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP) – sowie weiteren gleichgesinnten Partnern systematisch auszubauen. Ziel ist keine neue Blockbildung, sondern die Stärkung regelbasierter Wirtschaftsbeziehungen zwischen offenen Volkswirtschaften.

Eine solche Handelsallianz ergänzt das multilaterale Handelssystem und bestehende Freihandelsabkommen, ersetzt diese jedoch nicht. Sie dient insbesondere dazu,

- den regelbasierten Welthandel weiter zu stärken,
- Handelshemmnisse weiter abzubauen,
- kritische Lieferketten gemeinsam abzusichern,
- strategische Investitionen besser zu koordinieren,
- die Zusammenarbeit bei Schlüsseltechnologien zu vertiefen,
- sowie wirtschaftlichem Druck durch Drittstaaten frühzeitig und abgestimmt begegnen zu können.

Gerade demokratische Mittelmächte verfügen gemeinsam über erhebliches wirtschaftliches Gewicht. Eine engere handelspolitische Koordinierung erhöht ihre wirtschaftliche Handlungsfähigkeit, ohne neue handelspolitische Blöcke zu schaffen oder bestehende multilaterale Institutionen zu schwächen.

Friendshoring und Nearshoring können einen wichtigen Beitrag zur Diversifizierung leisten, sofern sie wirtschaftlich tragfähig bleiben und nicht zu einer neuen Form protektionistischer Abschottung führen. Wirtschaftliche Sicherheit verlangt eine risikoorientierte Betrachtung, die zwischen strategisch sensiblen und nichtkritischen Bereichen differenziert. Nicht jede Importabhängigkeit stellt zugleich ein Sicherheitsrisiko dar.

Strategische Rohstoffe

Der Zugang zu kritischen Rohstoffen entwickelt sich zunehmend zu einem entscheidenden Wettbewerbsfaktor. Gleichzeitig ist eine differenzierte Betrachtung erforderlich. Sicherheitsrelevante Materialien können besondere Maßnahmen rechtfertigen. Für die große Mehrzahl der Rohstoffe sollten jedoch offene Märkte und verlässliche Handelsströme

erhalten bleiben. Exportbeschränkungen oder Exportverbote dürfen nicht zum Regelfall werden, da sie internationale Wertschöpfungsketten zusätzlich belasten, Investitionen erschweren und die Versorgungssicherheit langfristig beeinträchtigen können.

Europäische Exportkontrolle

Eine leistungsfähige und möglichst einheitliche europäische Exportkontrollpolitik ist ein wesentlicher Bestandteil wirtschaftlicher Sicherheit. Deutschland sollte sich deshalb für eine weitere Harmonisierung der europäischen Exportkontrollpolitik einsetzen.

Uneinheitliche nationale Kontrolllisten und nationale Alleingänge bergen die Gefahr einer Fragmentierung des Binnenmarktes. Sie verursachen zusätzlichen Verwaltungsaufwand, erhöhen Rechtsunsicherheit für Unternehmen und können Wettbewerbsverzerrungen innerhalb Europas auslösen. Gleichzeitig schwächen sie die Wirksamkeit multilateraler Exportkontrollregime und fördern Ausweichreaktionen ("Forum Shopping"). Ziel muss deshalb ein möglichst kohärenter europäischer Rechtsrahmen sein, der Sicherheitserfordernisse und internationale Wettbewerbsfähigkeit gleichermaßen berücksichtigt.

Zur europäischen Exportkontrolle gehört auch ein kontinuierlicher strategischer Austausch und eine enge Abstimmung mit den USA und – soweit dies mit europäischen Sicherheitsinteressen vereinbar ist – mit China. Unterschiedliche Kontrollansätze, Extraterritorialität und kurzfristige Änderungen der Kontrolllisten können erhebliche Auswirkungen auf europäische Lieferketten und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Exporteure haben. Andernfalls entsteht für Unternehmen ein Spannungsfeld, in dem die Einhaltung europäischer Sanktionen gleichzeitig zu Konflikten mit chinesischen oder US-amerikanischen Sanktionen bzw. anderen Vorgaben führen kann. Die EU sollte deshalb ihre eigene Exportkontrollpolitik kohärent weiterentwickeln und zugleich ihre Partner frühzeitig in einen strukturierten Dialog einbinden.

Sanktionen

Wirtschaftssanktionen bleiben ein wichtiges Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik. Ihre wirtschaftlichen Auswirkungen können erheblich sein, ihre politischen Zielwirkungen stellen sich jedoch nicht automatisch ein. Ihre Wirksamkeit hängt wesentlich von ihrer internationalen Geschlossenheit, ihrer zielgenauen Ausgestaltung und den politischen Rahmenbedingungen im Zielland ab.

Deutschland sollte sich deshalb für eine regelmäßige Evaluierung bestehender Sanktionsregime einsetzen. Ziel muss eine möglichst zielgerichtete Ausgestaltung sein, die politischen Druck wirksam entfaltet und gleichzeitig unbeabsichtigte und unverhältnismäßige Belastungen für

europäische Unternehmen sowie internationale Lieferketten möglichst gering hält. Sanktionen sollten Bestandteil einer kohärenten außen- und sicherheitspolitischen Gesamtstrategie sein und nicht isoliert betrachtet werden. Hierzu gehört auch, frühzeitig eine klare Exitstrategie vorzusehen, die objektive Kriterien für eine Anpassung oder Aufhebung der Sanktionsmaßnahmen definiert und greift, sobald die zugrunde liegenden politischen Voraussetzungen entfallen, sodass sich Unternehmen entsprechend vorbereiten können.

5. Unternehmen und Mittelstand als Maßstab erfolgreicher Außenhandelspolitik

Der Erfolg einer modernen Außenhandelspolitik bemisst sich nicht allein an der Zahl abgeschlossener Handelsabkommen oder steigenden Exportvolumina. Entscheidend ist vielmehr, ob Unternehmen ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken, neue Märkte erschließen, Lieferketten resilient gestalten und unter verlässlichen Rahmenbedingungen investieren können. Außenhandelspolitik entfaltet ihren Nutzen dort, wo unternehmerische Entscheidungen getroffen werden.

Unternehmen sind deshalb nicht lediglich Adressaten staatlicher Außenwirtschaftspolitik, sondern ihr zentraler Maßstab. Eine erfolgreiche Außenhandelspolitik schafft verlässliche Rahmenbedingungen, eröffnet wirtschaftliche Chancen und reduziert unnötige Belastungen. Sie stärkt die Fähigkeit der Unternehmen, sich in einem zunehmend anspruchsvollen internationalen Wettbewerbsumfeld erfolgreich zu behaupten.

Dies gilt insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Sie bilden das Rückgrat der deutschen Wirtschaft und leisten einen wesentlichen Beitrag zu Innovation, Beschäftigung und regionaler Wertschöpfung. Gleichzeitig verfügen sie häufig über geringere personelle und finanzielle Ressourcen als Großunternehmen. Geopolitische Risiken, komplexe Exportkontrollvorschriften, umfangreiche Dokumentationspflichten und regulatorische Anforderungen treffen sie daher besonders stark.

Eine moderne Außenhandelspolitik muss sich deshalb konsequent an den Bedürfnissen der Unternehmen orientieren. Politische Instrumente sollten nicht von administrativen Zuständigkeiten ausgehen, sondern den tatsächlichen Internationalisierungsprozess der Wirtschaft unterstützen. Unternehmen benötigen keine Vielzahl voneinander unabhängiger Programme, sondern ein abgestimmtes Gesamtsystem, das sie entlang ihrer internationalen Geschäftstätigkeit begleitet.

Hierzu gehören hochwertige Marktinformationen ebenso wie Beratung, Geschäftsanbahnung, Finanzierung, Risikoabsicherung sowie Unterstützung beim Aufbau neuer Liefer- und Wertschöpfungsketten. Ebenso wichtig ist eine praxisnahe Begleitung bei regulatorischen Anforderungen im In- und Ausland. Gerade mittelständische Unternehmen

profitieren von integrierten Angeboten, die verschiedene Instrumente miteinander verbinden und den administrativen Aufwand deutlich reduzieren.

Praxisorientierung und Beteiligung der Wirtschaft stärken

Eine erfolgreiche Außenhandelspolitik setzt einen kontinuierlichen Dialog zwischen Politik und Wirtschaft voraus. Unternehmen verfügen über unmittelbare Erfahrungen mit internationalen Märkten, regulatorischen Hemmnissen und neuen Geschäftsrisiken. Diese Praxiserfahrungen sollten systematisch in Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozesse einfließen.

Frühzeitige Konsultationen, regelmäßige Evaluierungen sowie ein strukturierter Austausch zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft erhöhen nicht nur die Praxistauglichkeit neuer Regelungen, sondern stärken auch ihre Akzeptanz und Wirksamkeit.

Bürokratie abbauen und Verfahren digitalisieren

Internationale Wettbewerbsfähigkeit setzt effiziente Verwaltungsverfahren voraus. Digitalisierung eröffnet erhebliche Möglichkeiten, Genehmigungs- und Zollverfahren zu vereinfachen, Bearbeitungszeiten zu verkürzen und Unternehmen von unnötigem Verwaltungsaufwand zu entlasten.

Deutschland sollte sich deshalb innerhalb der Europäischen Union konsequent für einheitliche digitale Verfahren, interoperable Verwaltungsprozesse und medienbruchfreie Prozesse einsetzen. Bürokratieabbau ist kein Selbstzweck, sondern ein wesentlicher Beitrag zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Europa.

Nachhaltigkeit als Innovationsmotor und Faktor internationaler Wettbewerbsfähigkeit

Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Menschenrechte und verantwortungsvolle Unternehmensführung prägen zunehmend die internationalen Rahmenbedingungen des Handels. Für Unternehmen besteht die Herausforderung darin, diese Anforderungen mit einer dauerhaft hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu verbinden. Dabei sollte Nachhaltigkeit nicht als Gegensatz zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verstanden werden, sondern als deren potenzieller Treiber. Sie kann Innovationen anstoßen, Investitionen mobilisieren und neue Marktchancen eröffnen, insbesondere wenn sie technologischen Fortschritt fördert, Ressourceneffizienz steigert und den Zugang zu internationalen Zukunftsmärkten erleichtert. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine wirtschaftlich tragfähige, verhältnismäßige und international anschlussfähige Ausgestaltung regulatorischer Anforderungen.



Gleichzeitig darf der Staat die Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte und den Schutz der Umwelt nicht einseitig auf Unternehmen verlagern. Unternehmen können und sollen im Rahmen verhältnismäßiger, klarer und risikobasierter Sorgfaltspflichten Verantwortung übernehmen. Die primäre Verantwortung für den Schutz der Menschenrechte und die Durchsetzung von Umwelt- und Sozialstandards liegt jedoch bei den Staaten. Außenpolitik und internationale Diplomatie dürfen nicht dadurch ersetzt werden, dass Unternehmen allein mit der Durchsetzung internationaler Standards betraut werden. Die staatliche Pflicht zur Schaffung und Durchsetzung rechtsstaatlicher Rahmenbedingungen muss deshalb mit der unternehmerischen Verantwortung zusammengedacht werden. Deutschland und die Europäische Union sollten internationale Standards vor allem durch Diplomatie, Handelsabkommen, internationale Kooperation und Capacity Building stärken und regulatorische Anforderungen an Unternehmen möglichst kohärent, praktikabel und international anschlussfähig gestalten.

Vor diesem Hintergrund sollten Deutschland und die Europäische Union Nachhaltigkeitsziele konsequent mit den Prinzipien einer besseren Rechtsetzung („Better Regulation“) und den Erfordernissen internationaler Wettbewerbsfähigkeit verbinden. Regulatorische Anforderungen wie Berichtspflichten, Sorgfaltspflichten oder Nachhaltigkeitsstandards müssen praktikabel, risikoorientiert und möglichst kohärent ausgestaltet sein, um übermäßige Bürokratie, Doppelstrukturen und Wettbewerbsnachteile – insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen – zu vermeiden. Zugleich gilt es, internationale Konvergenz statt europäischer Alleingänge zu fördern, da gemeinsame Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards (ESG) ihre größte Wirkung entfalten, wenn sie global anschlussfähig sind. Handelsabkommen können hierbei als Hebel dienen, um nachhaltige Lieferketten, Investitionen in klimafreundliche Technologien und internationale Kooperation zu stärken. Eine innovationsorientierte, marktwirtschaftliche und technologieoffene Ausgestaltung stellt sicher, dass Nachhaltigkeit für Unternehmen nicht als zusätzliche Belastung wirkt, sondern als integraler Bestandteil moderner Wettbewerbsfähigkeit.

Reform des europäischen Zollrechts konsequent praxistauglich gestalten

Die geplante Bündelung von Zoll Daten und Zollprozessen im EU Data Hub sowie die Errichtung einer Europäischen Zollbehörde bieten die Chance, Zollverfahren innerhalb der Europäischen Union weiter zu vereinheitlichen, Doppelstrukturen abzubauen und die Rechtssicherheit für Unternehmen zu erhöhen.

Voraussetzung für den Erfolg der Reform ist jedoch eine vollständig funktionsfähige, stabile und sichere technische Umsetzung. Unternehmen benötigen ausreichende Vorlaufzeiten, um ihre internen Prozesse, IT-Systeme und Lieferketten an die neuen Anforderungen anpassen zu

können. Die Wirtschaft darf nicht zum Testfeld unausgereifter IT-Systeme werden. Rechts- und Planungssicherheit müssen während des gesamten Reformprozesses gewährleistet bleiben.

Verlässlichkeit als Standortfaktor

Internationale Investitions- und Internationalisierungsentscheidungen werden häufig über viele Jahre vorbereitet. Unternehmen sind deshalb in besonderem Maße auf stabile und vorhersehbare wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen angewiesen. Häufige regulatorische Änderungen, kurzfristige Berichtspflichten oder uneinheitliche europäische Umsetzungen erschweren langfristige Planungen und beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Europa.

Verlässlichkeit, Planbarkeit und Rechtssicherheit sind deshalb selbst zentrale Standortfaktoren. Eine erfolgreiche Außenhandelspolitik schafft Vertrauen in die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und stärkt damit zugleich die Investitionsbereitschaft der Unternehmen.

Außenhandelspolitik endet damit nicht bei der Formulierung strategischer Ziele. Sie muss sich daran messen lassen, ob sie den Unternehmen konkrete Handlungsspielräume eröffnet, unnötige Komplexität reduziert und erfolgreiche Internationalisierung ermöglicht. Unternehmen sind deshalb nicht nur Adressaten, sondern der Maßstab erfolgreicher Außenhandelspolitik.

6. Außenwirtschaftsförderung als operative Umsetzung der Strategie

Die strategischen Ziele der deutschen Außenhandelspolitik entfalten ihre Wirkung erst dann vollständig, wenn Unternehmen sie im internationalen Wettbewerb erfolgreich nutzen können. Eine moderne Außenwirtschaftsförderung bildet deshalb die operative Umsetzung der Deutschen Außenhandelsstrategie 2026 / 2027. Sie verbindet die strategischen Ziele europäischer Handelspolitik mit den konkreten Anforderungen international tätiger Unternehmen und trägt dazu bei, Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftliche Sicherheit und Diversifizierung in wirtschaftlichen Erfolg zu übersetzen.

Die veränderten geoökonomischen Rahmenbedingungen haben die Anforderungen an die Außenwirtschaftsförderung grundlegend verändert. Während sie lange Zeit vor allem auf die Förderung deutscher Exporte ausgerichtet war, umfasst sie heute ein deutlich breiteres Aufgabenspektrum. Denn Wettbewerbsfähigkeit entscheidet sich zunehmend auch über den Zugang zu Rohstoffen, resilienten Lieferketten, konkurrenzfähigen internationalen Finanzierungsinstrumenten, strategischen Investitionen sowie belastbaren Wirtschaftspartnerschaften.

Außenwirtschaftsförderung entwickelt sich damit zu einem integralen Bestandteil der Wirtschafts-, Industrie- und Standortpolitik.

Bestehende Stärken konsequent weiterentwickeln

Deutschland verfügt mit den Auslandshandelskammern (AHK), Germany Trade & Invest (GTAI), den Förderbanken, den Exportkredit- und Investitionsgarantien des Bundes sowie den Wirtschaftsverbänden über ein leistungsfähiges und international anerkanntes System der Außenwirtschaftsförderung. Dieses Netzwerk bildet einen wichtigen Standortvorteil und genießt weltweit hohe Anerkennung.

Die Herausforderung besteht heute weniger im Aufbau neuer Institutionen als in einer stärkeren strategischen Verzahnung der bestehenden Angebote. Unternehmen erwarten ein kohärentes Unterstützungssystem, das die unterschiedlichen Instrumente entlang ihres Internationalisierungsprozesses sinnvoll miteinander verbindet.

Unternehmen konsequent in den Mittelpunkt stellen

Ziel einer modernen Außenwirtschaftsförderung sollte ein integriertes Unterstützungssystem sein, das Unternehmen von der ersten Marktanalyse über Geschäftsanbahnung, Finanzierung und Risikoabsicherung bis hin zum Aufbau neuer Liefer- und Wertschöpfungsnetzwerke begleitet.

Dabei sollte sich die Außenwirtschaftsförderung stärker an den tatsächlichen Abläufen unternehmerischer Internationalisierung orientieren und weniger an institutionellen Zuständigkeiten. Unternehmen benötigen keine Vielzahl voneinander unabhängiger Programme, sondern aufeinander abgestimmte Leistungen aus einer Hand.

Außenwirtschaftsförderung strategisch erweitern

Eine moderne Außenwirtschaftsförderung darf sich künftig nicht ausschließlich auf Exportförderung beschränken. Sie sollte Export- und Importförderung, Investitionsförderung, Finanzierung, Risikoabsicherung sowie die Unterstützung beim Aufbau resilienter Lieferketten als zusammenhängende Elemente einer integrierten Außenwirtschaftsstrategie verstehen.

Gerade die Diversifizierung von Beschaffungsmärkten, der Aufbau neuer Rohstoffpartnerschaften und die Erschließung alternativer Lieferketten gewinnen angesichts der geoökonomischen Veränderungen weiter an Bedeutung. Diese Aufgaben sollten künftig systematisch in die Außenwirtschaftsförderung integriert werden.

Digitalisierung und Nutzerorientierung stärken

Digitale Verfahren eröffnen erhebliche Möglichkeiten, Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und Unternehmen den Zugang zu staatlichen Unterstützungsangeboten zu erleichtern. Einheitliche digitale Zugänge, medienbruchfreie Prozesse und interoperable Verwaltungsverfahren sollten deshalb konsequent ausgebaut werden.

Deutschland und die EU sollten zugleich digitale Handelsverfahren und die internationale Interoperabilität von Daten- und Zollsystemen weiter vorantreiben. Ziel sind möglichst einmalige Dateneingaben, elektronische Dokumente, interoperable Systeme und verlässliche Regeln für den digitalen Handel. Dies stärkt insbesondere kleine und mittlere Unternehmen und reduziert die Kosten grenzüberschreitender Geschäfte.

Gerade sie profitieren von transparenten, einfach zugänglichen und digitalen Förderstrukturen. Die Digitalisierung der Außenwirtschaftsförderung ist deshalb nicht nur ein Beitrag zum Bürokratieabbau, sondern zugleich ein wichtiger Wettbewerbsfaktor.

Wirtschaftsdiplomatie stärken

Außenwirtschaftsförderung und Wirtschaftsdiplomatie sollten künftig noch enger miteinander verzahnt werden. Deutsche Auslandsvertretungen, Auslandshandelskammern und weitere außenwirtschaftliche Akteure leisten einen wichtigen Beitrag beim Aufbau langfristiger Wirtschaftsbeziehungen, bei der Erschließung neuer Märkte sowie bei der Begleitung strategischer Investitions- und Rohstoffpartnerschaften.

Zur wirtschaftsfreundlichen Ausrichtung deutscher Auslandsvertretungen gehört auch ein leistungsfähiger konsularischer Service. Unternehmen berichten weiterhin von erheblichen Schwierigkeiten bei der rechtzeitigen Beschaffung von Einreisevisa für ausländische Geschäftspartner, Fachkräfte, Techniker und andere für internationale Geschäftsprozesse erforderliche Personen. Deutschland sollte Verfahren beschleunigen, weiter digitalisieren und stärker an den Bedürfnissen international tätiger Unternehmen ausrichten. Dazu gehört eine verlässliche Willkommenskultur für qualifizierte Fachkräfte sowie ein klarer Servicegedanke in den deutschen Auslandsvertretungen. Außenwirtschaftsförderung darf nicht an praktischen Mobilitätshürden scheitern.

Gerade in geopolitisch anspruchsvollen Regionen gewinnt diese koordinierende Funktion weiter an Bedeutung. Wirtschaftsdiplomatie sollte deshalb als strategisches Instrument moderner Außenwirtschaftspolitik verstanden und entsprechend gestärkt werden.

Außenwirtschaftsförderung als Bestandteil moderner Standortpolitik

Eine erfolgreiche Außenwirtschaftsförderung stärkt nicht nur den Export, sondern den gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland. Sie verbessert den Zugang zu internationalen Märkten, erhöht die Resilienz globaler Wertschöpfungsketten, unterstützt Investitionen und trägt zur Sicherung industrieller Wertschöpfung in Deutschland und Europa bei.

Sie ist damit weit mehr als ein Förderinstrument. Sie bildet die operative Umsetzung einer modernen Außenhandelsstrategie und leistet einen wesentlichen Beitrag zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit Deutschlands und Europas.

7. Schlussfolgerung

Deutschland steht an einem außenwirtschaftlichen Wendepunkt. Die internationale Wirtschaftsordnung befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Geopolitische Spannungen, zunehmender Protektionismus, staatliche Industriepolitik und neue technologische Abhängigkeiten verändern die Rahmenbedingungen des internationalen Handels dauerhaft. Für eine offene Volkswirtschaft wie Deutschland bedeutet dies jedoch nicht das Ende der Globalisierung, sondern den Beginn einer neuen Phase internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Gerade in einer zunehmend geoökonomisch geprägten Welt bleiben offene Märkte, internationale Arbeitsteilung und ein regelbasierter Weltmarkt die wichtigste Grundlage für Wachstum, Innovation, Beschäftigung und Wohlstand. Gleichzeitig müssen wirtschaftliche Risiken frühzeitig erkannt und strategische Abhängigkeiten gezielt reduziert werden. Offenheit und wirtschaftliche Sicherheit sind deshalb keine Gegensätze. Sie ergänzen einander und bilden gemeinsam die Grundlage langfristiger Wettbewerbsfähigkeit.

Deutschland kann diese Herausforderungen nicht allein bewältigen. Seine außenwirtschaftliche Stärke entfaltet sich im europäischen Verbund. Eine handlungsfähige Europäische Union, ein leistungsfähiger Binnenmarkt und eine ambitionierte gemeinsame Handelspolitik sind die entscheidenden Voraussetzungen dafür, Europas wirtschaftliche Interessen im internationalen Wettbewerb wirksam zu vertreten. Die Zukunft deutscher Außenhandelspolitik ist deshalb untrennbar mit der Zukunft Europas verbunden.

Die Deutsche Außenhandelsstrategie 2026 / 2027 versteht wirtschaftliche Sicherheit ausdrücklich nicht als Abkehr von offenen Märkten. Ihr Ziel ist vielmehr, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass internationale Offenheit auch unter veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen dauerhaft erhalten bleiben kann. Diversifizierung, resiliente



Lieferketten, strategische Partnerschaften und eine enge europäische Zusammenarbeit stärken die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit, ohne die Vorteile internationaler Arbeitsteilung infrage zu stellen.

Zugleich entscheidet sich die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nicht allein auf internationalen Märkten. Sie beginnt im eigenen Wirtschaftsstandort. Bürokratiearme Verfahren, leistungsfähige Infrastrukturen, verlässliche regulatorische Rahmenbedingungen, innovationsfreundliche Politik und eine moderne Außenwirtschaftsförderung sind ebenso Teil erfolgreicher Außenhandelspolitik wie Handelsabkommen oder Wirtschaftsdiplomatie. Nur wenn europäische und nationale Politik konsequent zusammengedacht werden, kann Deutschland seine internationale Wettbewerbsfähigkeit langfristig sichern.

Der BDEx versteht diese Strategie einschließlich der zehn Empfehlungen als Beitrag zu einer zukunftsorientierten deutschen und europäischen Außenwirtschaftspolitik. Sie verbindet wirtschaftliche Offenheit, internationale Wettbewerbsfähigkeit und strategische Handlungsfähigkeit zu einem gemeinsamen ordnungspolitischen Leitbild. Ihr Ziel ist eine Außenhandelspolitik, die Unternehmen verlässliche Perspektiven eröffnet, den Wirtschaftsstandort Europa stärkt und den regelbasierten Welthandel auch unter veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen weiterentwickelt.

Die Deutsche Außenhandelsstrategie 2026 / 2027 wirbt deshalb für eine Politik, die wirtschaftliche Stärke nicht durch Abschottung, sondern durch Offenheit, Partnerschaft und gemeinsame europäische Handlungsfähigkeit sichert. Denn nachhaltiger Wohlstand entsteht dort, wo Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und internationale Zusammenarbeit dauerhaft zusammenwirken.

Über uns:

Der **Bundesverband des Deutschen Exporthandels e.V. (BDEx)** wurde 1980 gegründet und knüpft an die Tradition der Verbandstätigkeit der „Arbeitsgemeinschaft der Exporteursvereine“ an. Die internationalen Handelsunternehmen, größtenteils zusammengeschlossen in Regionalverbänden, haben sich im BDEx organisiert, um so den Informationsaustausch und ihre gemeinsame Interessenvertretung sicherzustellen. Über die Mitgliedsverbände gehören derzeit etwa **850 Unternehmen mit ca. 3.000 Repräsentanzen weltweit** zum Mitgliederkreis. Ausgehend vom traditionellen Exporthandel haben die Themen des internationalen Transit- und Importhandels über die letzten Jahre einen immer größeren Raum in der Arbeit des Verbandes eingenommen. Der BDEx verfolgt kompetent und zuverlässig die Wahrung und Förderung der Außenhandelsinteressen seiner Mitglieder. Die praxisbezogene Verbesserung der Rahmenbedingungen für den internationalen Handel mit Gütern und Dienstleistungen im Ausland steht zusammen mit der politischen Flankierung des Auslandsgeschäfts im Vordergrund.